



DIHK-Report Unternehmensgründung 2026

Mehr Gründungsinteresse
– aber kein unternehmerischer Aufbruch



Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **GemeinsamGründen**

DIHK-Report Unternehmensgründung 2026

Mehr Gründungsinteresse – aber kein unternehmerischer Aufbruch

Mit dem DIHK-REPORT UNTERNEHMENSGRÜNDUNG legt die DIHK jährlich eine Einschätzung der IHK-Organisation zum Gründungsgeschehen in Industrie, Handel und den Dienstleistungsbranchen in Deutschland vor. Grundlage für die DIHK-Bewertungen des Gründungsstandortes sind Erfahrungsberichte der rund 350 IHK-Existenzgründungsberaterinnen und -berater aus den 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) sowie eine Auswertung zum IHK-Gründungsservice. Der Auswertung liegen u.a. die Einschätzungen der IHK-Gründungsberaterinnen und -berater zur Qualität der vorgelegten Geschäftskonzepte zugrunde. Die Befragung der Expertinnen und Experten fand vom 19. Januar bis zum 6. März 2026 statt.

Insgesamt fußt der DIHK-Report Unternehmensgründung 2026 auf rund 200.000 Kontakten aus dem IHK-Gründungsservice mit angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern aus Einstiegsgesprächen, Beratungen, Gründungsveranstaltungen und Gründertagen. Im deutschsprachigen Raum liegt keine andere Auswertung in dieser Form vor, die sich auf eine vergleichbar hohe Zahl von Erfahrungen und Einschätzungen von Gründerinnen und Gründern stützt.

Weitere Grundlage für den Report bildet eine von IHKs und der DIHK durchgeführte Befragung von Gründerinnen und Gründern, Start-ups sowie jungen Unternehmen hinsichtlich ihrer Empfehlungen und Forderungen an die Politik; ausgewertet wurden 791 Antworten. Diese Befragung wurde ebenfalls vom 19. Januar bis zum 6. März 2026 durchgeführt.

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand – Berlin 2026

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0 | Telefax: 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon: +32-2-286-1611 | Telefax: +32-2-286-1605

info@dihk.de

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

LinkedIn

<https://www.linkedin.com/DIHK>

Redaktion

Dr. Marc Evers, DIHK, Bereich Wirtschaft- und Finanzpolitik, Mittelstand

Grafik

Ehling Sven, DIHK und Jennifer Gretsche, DIHK

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Bildnachweis

Titelbild: © Getty Images

Stand
Juli 2026

I. Datengrundlage für den DIHK-Report Unternehmensgründung

Der IHK-Service – zwei Stufen bis zur Gründung

Die IHKs unterstützen Gründerinnen und Gründer neutral und ohne gewerbliches Interesse. Gegenstand sind etwa die wirtschaftlichen Aspekte einer Unternehmensgründung, die jeweils passende Gründungsförderung sowie notwendige Genehmigungen und Anmeldungen.

Service in zwei Stufen:

Auf der ersten Stufe vermitteln die IHKs den Gründerinnen und Gründern die für den Start wichtigsten Basisinformationen zur Existenzgründung – mit Einstiegsgesprächen, Informationsveranstaltungen, Webinaren, Gründertagen, Print- und Web-Informationen. Gegenstand und Themen sind:

- grundlegende Informationen zur unternehmerischen Selbstständigkeit, die angehende Unternehmerinnen und Unternehmer unabhängig vom konkreten Geschäftsvorhaben vor dem Start benötigen und
- persönliche und fachliche Voraussetzungen für die Selbstständigkeit, betriebswirtschaftliche Planrechnungen, die soziale Absicherung sowie behördliche und auch generelle – z. B. steuerliche – Meldepflichten.

Auf der zweiten Stufe bieten die IHKs in ihren Gründungsberatungen individuelle, auf das Vorhaben bezogene Services an. Dazu gehören:

- ein intensiver Austausch zum i.d.R. bereits vorliegenden Businessplan. (Typische Fragen sind etwa: Was ist das Besondere an der Geschäftsidee? Wie entwickelt sich die Branche, in der die Gründung erfolgen soll? Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Welche Finanzierungsmöglichkeiten existieren? Wie sollten erste Gespräche mit möglichen Finanzierungspartnern vorbereitet werden?),
- eine Stellungnahme der IHK zum Förderantrag von Gründerinnen und Gründern, deren Geschäftsvorhaben vorher in der IHK-Gründungsberatung erörtert werden.

II. Mehr Gründungsinteresse, aber kein breiter unternehmerischer Aufbruch



Das Interesse an einer Unternehmensgründung in Industrie, Handel und den Dienstleistungsbranchen steigt. Die Industrie- und Handelskammern (IHKs) sehen deutlich Zuwächse bei den Teilnahmehzahlen zu Einstiegsgesprächen und zu den darauf aufbauenden IHK-Gründungsberatungen. Allerdings verdeutlichen die Rückmeldungen der IHKs auch, dass das Gründungsgeschehen im Jahr 2025 weniger durch solchen klassischen unternehmerischen Aufbruch als mehr durch Anpassungsprozesse in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld geprägt ist.

Die IHKs sehen folgenden Hauptaspekt: Ein Großteil des aktuell zunehmenden Gründungsinteresses spiegelt eine Umorganisation von Beschäftigung wider. Maue Konjunktur und strukturelle Hemmnisse führen dazu, dass zunehmend auch gut qualifizierte Beschäftigte unter Druck stehen und eine Gründung mangels Erwerbsalternativen

überlegen. Es resultiert ein Shift von abhängiger Beschäftigung hin zu selbstständiger Erwerbstätigkeit – und dies häufig aus wirtschaftlichem Druck.

Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen den IHKs zufolge in industriegeprägten Branchen: Personalabbau, Insolvenzen und Transformationsprozesse – etwa im Zuge von Strukturwandel und technologischen Veränderungen – setzen mehr und mehr auch gut qualifizierte Beschäftigte unter Druck und führen vermehrt zu Gründungen aus einer Umbruchsituation heraus. Diese entstehen häufig nicht innerhalb der bisherigen industriellen Wertschöpfungsketten, sondern verlagern sich in kleinteilige, meist dienstleistungsorientierte Tätigkeiten mit vergleichsweise niedrigen Markteintrittsbarrieren. Dies deutet weniger auf eine dynamische unternehmerische Expansion als vielmehr auf eine Verschiebung von Beschäftigungsformen hin.

Parallel dazu gibt es weiterhin chancengetriebene Gründungen, beispielsweise aus dem Hochschul Umfeld. Der technologische Wandel gewinnt mehr und mehr an Bedeutung für die Gründungslandschaft. Künstliche Intelligenz wird von den IHKs zunehmend als Gründungstreiber wahrgenommen, da sie neue Geschäftsmodelle ermöglicht und den Zugang zur Selbstständigkeit erleichtert. Auch in der IHK-Gründungsberatung sehen die IHKs Auswirkungen: So legen etwa Gründende den IHKs verstärkt mit Hilfe von KI erstellte Businesspläne vor, etwa als Grundlage zur Begutachtung von Anträgen für den Gründungszuschuss. Auch bei der Erstellung von Businessplänen oder der Entwicklung erster Geschäftsideen kommen KI-gestützte Anwendungen zunehmend zum Einsatz.

Seit der Vollinvasion Russlands in die Ukraine und den Bestrebungen der Bundesregierung, die Ukraine zu unterstützen sowie die Ausrüstung der Bundeswehr zu modernisieren, ergeben sich positive Impulse für das Gründungsgeschehen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Die veränderte geopolitische Lage erhöht den Bedarf der Bundeswehr und der Sicherheitsbehörden an innovativen Lösungen, etwa in den Bereichen unbemannten Systemen und

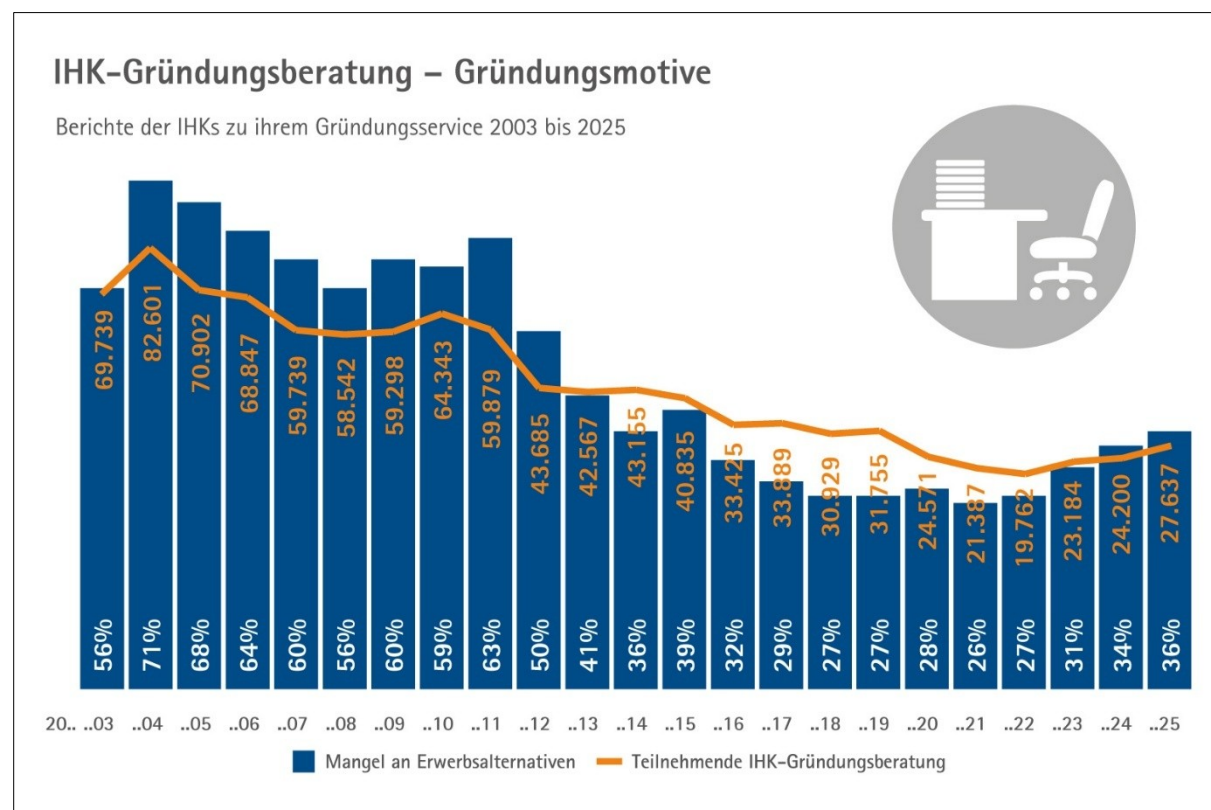
Robotik, Künstliche Intelligenz, Sensorik, Weltraum oder Kommunikation. Viele Lösungen in diesen Bereichen entstehen nicht in den klassischen Unternehmen der Branche. Dadurch entstehen neue Marktchancen für technologieorientierte Start-ups und junge Wachstumsunternehmen.

Die DIHK setzt sich daher für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen der etablierten, aber auch jungen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie ihren Zulieferbetrieben ein¹. Wichtig Ansprechpartner sind zudem das Cyber Innovation Hub und die Innovationszentren der Bundeswehr, die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bieten.

Gleichzeitig informieren die IHKs und die DIHK Unternehmen und Start-ups bundesweit über neue Marktpotenziale, Fördermöglichkeiten und Zugangswege zu diesem speziellen Markt. Die IHK-Organisation unterstützt sie dabei, sich in einem zunehmend sicherheitsrelevanten Innovationsumfeld zu positionieren.

Mit Blick auf das gesamte Gründungsgeschehen treten eher chancenorientierten Motive den IHKs zufolge gegenüber den sicherungsorientierten Gründungsmotiven allerdings weniger stark in den Vordergrund.

¹ DIHK-Positionspapier „Wirtschaft und Verteidigung – Herausforderungen in neuer sicherheitspolitischer Lage“, DIHK-Position 2025.

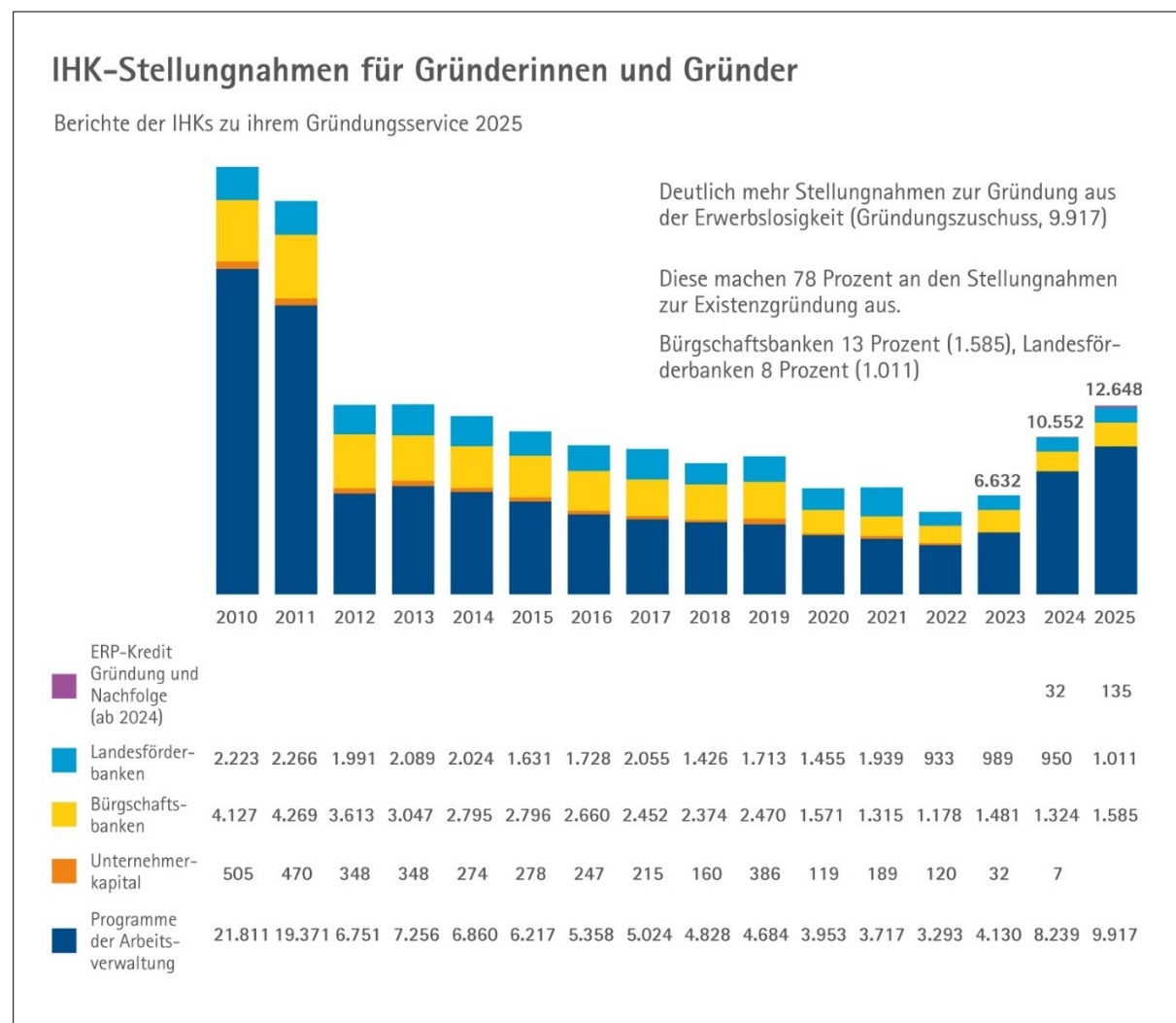


Mehr Gründungen aus Mangel an Erwerbsalternativen

Nahezu sämtliche IHKs nennen den Mangel an Erwerbsalternativen als Hauptursache für das gestiegene Gründungsinteresse. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit, unsicherer Beschäftigungsperspektiven und zunehmender Insolvenzen gewinnt die Selbstständigkeit für viele die Funktion einer Ausweich- und Sicherungsstrategie. Dementsprechend liegt der Anteil derjenigen in der IHK-Gründungsberatung, die vornehmlich aus Mangel an Erwerbsalternativen gründen wollen, mit 36 Prozent so hoch wie seit elf Jahren nicht mehr.

In der langfristigen Perspektive zeigt sich, dass Erwerbslosigkeit in Deutschland eine wesentliche Einflussgröße auf die Gründungsdynamik ist. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, etwa zu Beginn der 2000er Jahre, kommt es zu mehr Gründungsinteresse (damals auch befeuert durch das Förderprogramm der „Ich-AG“), während in konjunkturell guten Zeiten weniger Personen ein Unternehmen gründen möchten.

Deutlich mehr IHK-Stellungnahmen für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit



Verstärkt wird die Entwicklung hin zu mehr Gründungen aus Mangel an Alternativen abhängiger Beschäftigung den IHKs zufolge durch Änderungen in der Gründungsförderung. Hierbei spielt insbesondere der Wegfall des Vermittlungsvorrangs beim Gründungszuschuss für Arbeitslose eine Rolle.

Der Gründungszuschuss ist eine zentrale arbeitsmarktpolitische Förderleistung der Bundesagentur für Arbeit, die arbeitslose Personen beim Schritt in die Selbstständigkeit finanziell unterstützt. Durch den Wegfall des sogenannten Vermittlungsvorrangs – also der Pflicht der Agenturen für Arbeit, vorrangig in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln – wurde der Zugang zur Förderung erleichtert.

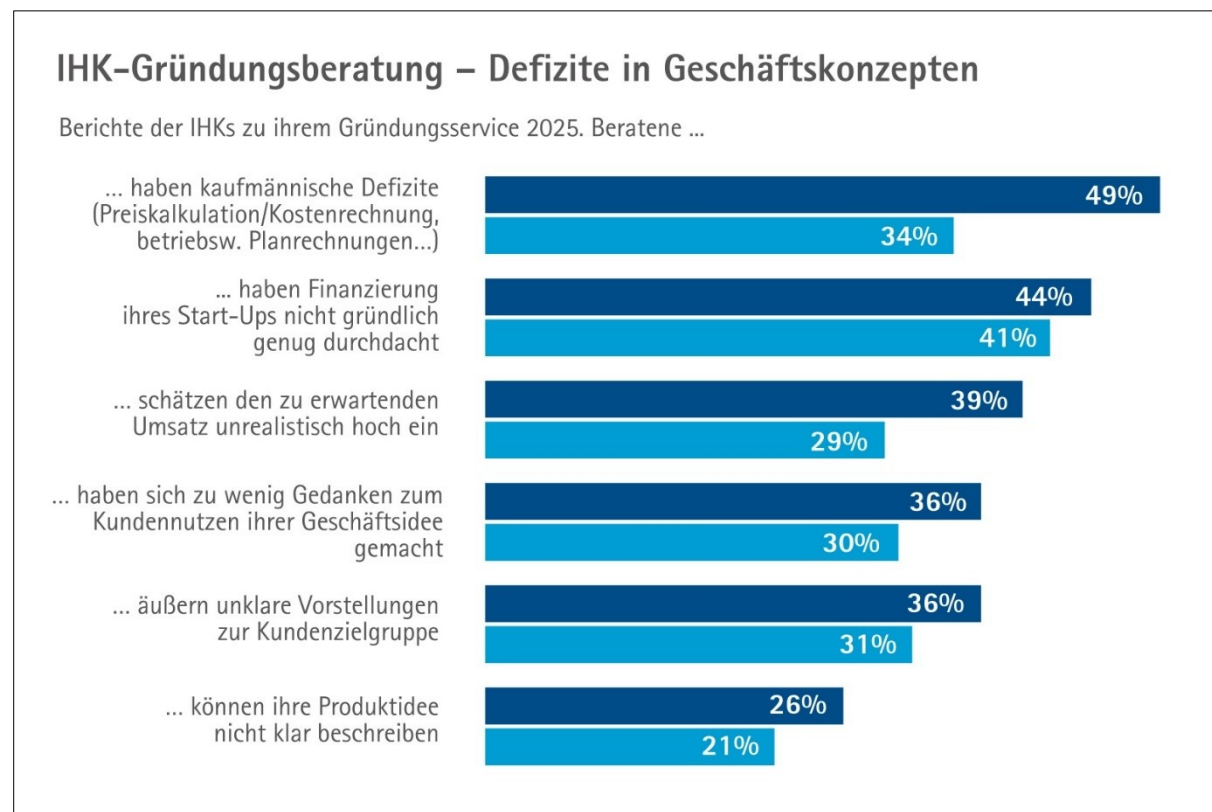
Bis Ende 2022 wurde die Förderung nur nachrangig zur Jobvermittlung gewährt. Seit Anfang 2023 gilt: Selbstständigkeit ist gleichwertige arbeitsmarktpolitische Option. Die Reform entfaltet zeitverzögert Wirkung über steigende Anträge und mehr Gründungsinteresse aus der Arbeitslosigkeit heraus.

Dementsprechend haben die Stellungnahmen der IHKs für Anträge auf Gründungszuschuss deutlich zugenommen. Gegenüber 2023 hat sich die Zahl der IHK-Stellungnahmen für diese Maßnahme mehr als verdoppelt. Diese machen nunmehr 78 Prozent aller IHK-Stellungnahmen aus.

Für Anträge, die den Bürgschaftsbanken vorzulegen sind, gaben die IHKs 13 Prozent ihrer Stellungnahmen ab. Stellungnahmen für Landesförderbanken machen acht Prozent aus.

Deutliche Steigerungen – noch auf niedrigem Niveau – gibt es bei Stellungnahmen für den seit 1. November 2024 beantragbaren ERP-Kredit Gründung und Nachfolge, bei dem IHKs, Bürgschaftsbanken und KfW-Bankengruppe eng zusammenarbeiten.

Mehr Defizite in den vorgelegten Geschäftskonzepten

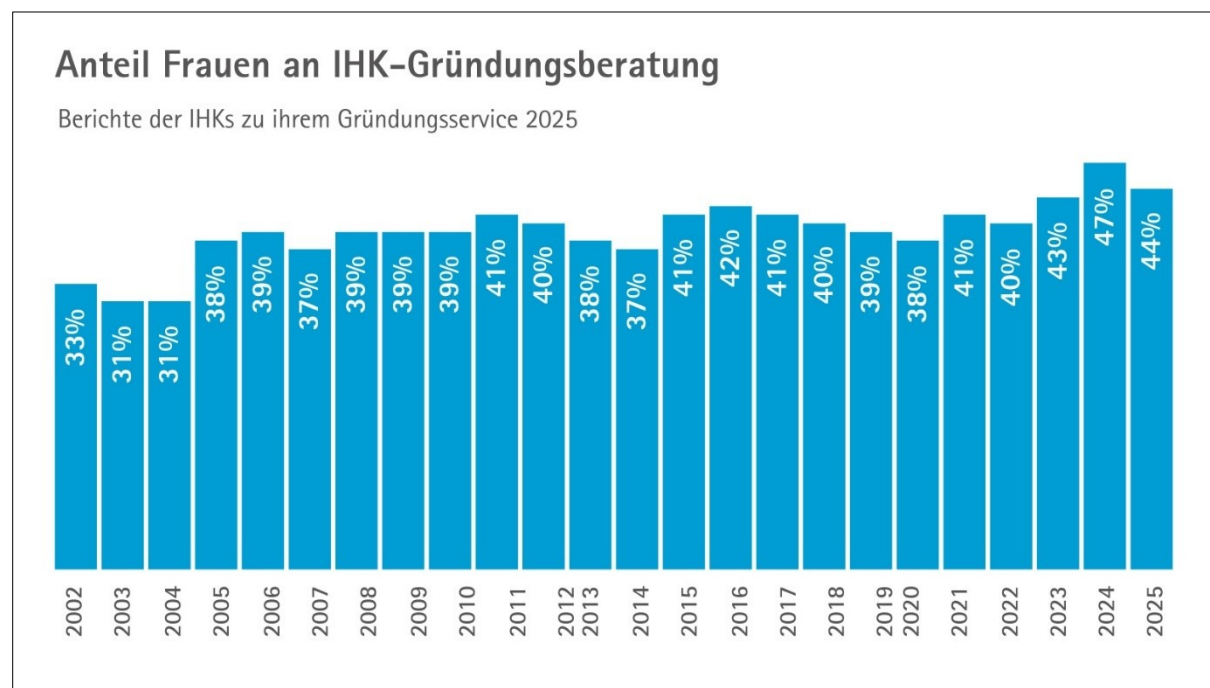


Mit dem zunehmenden Gründungsinteresse berichten viele IHKs auch von mehr qualitativen Defiziten in den vorgelegten Geschäftskonzepten. So steigt der Anteil an unzureichend ausgearbeiteten oder wenig tragfähigen Konzepten.

In sämtlichen Kategorien beobachten die IHKs eine Zunahme von Defiziten. Bedenklich stimmen die hohen Anteile an Konzepten, die Defizite in der Anwendung des „kaufmännischen Handwerkszeugs“ (49 Prozent) und hinsichtlich der Überlegungen zur Finanzierung der Geschäftsidee (44 Prozent) aufweisen. Damit ergibt sich ein differenziertes Bild: Einerseits gibt es weiterhin gut

qualifizierte Gründerinnen und Gründer, etwa aus der Industrie oder aus Hochschulen, die gezielt unternehmerische Chancen nutzen. Andererseits wächst der Anteil an Gründungen, die aus Mangel an Erwerbsalternativen erfolgen und häufig mit geringerer Vorbereitung einhergehen. Hinweise darauf sind unter anderem sinkende Qualitätsniveaus bei Businessplänen, teilweise hohe Ablehnungsquoten bei Förderanträgen sowie zusätzlicher Unterstützungsbedarf, beispielsweise bei migrationsgetriebenen Gründungen. Insgesamt verbreitert sich damit die Gründungsbasis, allerdings geht dies teilweise zulasten der Tragfähigkeit von Vorhaben.

Weibliches Unternehmertum wird selbstverständlich



Der Anteil von Frauen an den IHK-Gründungsberatungen bleibt auch im Jahr 2025 auf einem historisch hohen Niveau und bestätigt damit einen langfristigen strukturellen Wandel im Gründungsgeschehen. Mit 44 Prozent liegt der Frauenanteil weiterhin deutlich über der Marke von 40 Prozent. Ein Blick auf die Zeitreihe verdeutlicht die Entwicklung: Während der Anteil in den frühen 2000er-Jahren noch bei rund einem Drittel lag, hat sich der Frauenanteil seitdem Schritt für Schritt erhöht und in den vergangenen Jahren stabil auf einem deutlich höheren Niveau teils nahe der 50-Prozent-Marke eingependelt. Damit ist es heute deutlich selbstverständlicher als noch vor zwei Jahrzehnten, dass Frauen Unternehmen gründen wollen.

Zu dieser Entwicklung tragen die IHKs maßgeblich bei. Allein im Jahr 2025 haben die IHKs bundesweit rund 75.000 Frauen im Rahmen von Erstgesprächen und vertieften Beratungen auf dem Weg in die Selbstständigkeit begleitet.

Mit ihrem breit aufgestellten Informations- und Unterstützungsangebot leisten die IHKs damit einen wichtigen Beitrag, Gründungsinteresse zu aktivieren und konkrete Vorhaben umzusetzen.

Nahezu alle IHKs (96 Prozent) sehen in der gewonnenen Flexibilität als zentrales Gründungsmotiv. Gerade vor dem Hintergrund häufig unzureichender Betreuungsangebote eröffnet die Selbstständigkeit vielen die Möglichkeit, Erwerbstätigkeit und familiäre Verpflichtungen besser miteinander zu vereinbaren, v. a. wenn Frauen einen Großteil der Care-Arbeit übernehmen. 63 Prozent der IHKs nennen finanzielle Motive als wichtigen Treiber.

54 Prozent der IHKs sehen den Mangel an Erwerbsalternativen als wesentliches Motiv – ein Befund, der die insgesamt angespannte wirtschaftliche Lage widerspiegelt. 22 Prozent der IHKs berichten, dass Gründerinnen gezielt einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten möchten, etwa im Bereich Social Entrepreneurship.

Lediglich vier Prozent der IHKs nennen rasches Wachstum als zentrales Motiv. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass intensive Wachstumsphasen, wie sie

insbesondere bei technologieorientierten Start-ups angestrebt werden, in vielen Fällen schwer mit familiären Anforderungen vereinbar sind.

Intensives Engagement für mehr Frauen im Mittelstand

Die DIHK setzt sich seit über 15 Jahren für gute Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Betrieben ein, um Frauen und Männern eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zu ermöglichen. In Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) organisiert die DIHK seit 2007 das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ (www.erfolgsfaktor-familie.de), das mittlerweile mehr als 9.000 Mitgliedsunternehmen Beratung, Informationen, Best-Practices und Formate für einen Erfahrungsaustausch anbietet. In allen 79 IHKs gibt es eine/n Ansprechpartner:in, der/die Betriebe entsprechend berät und Akteure vor Ort vernetzt.

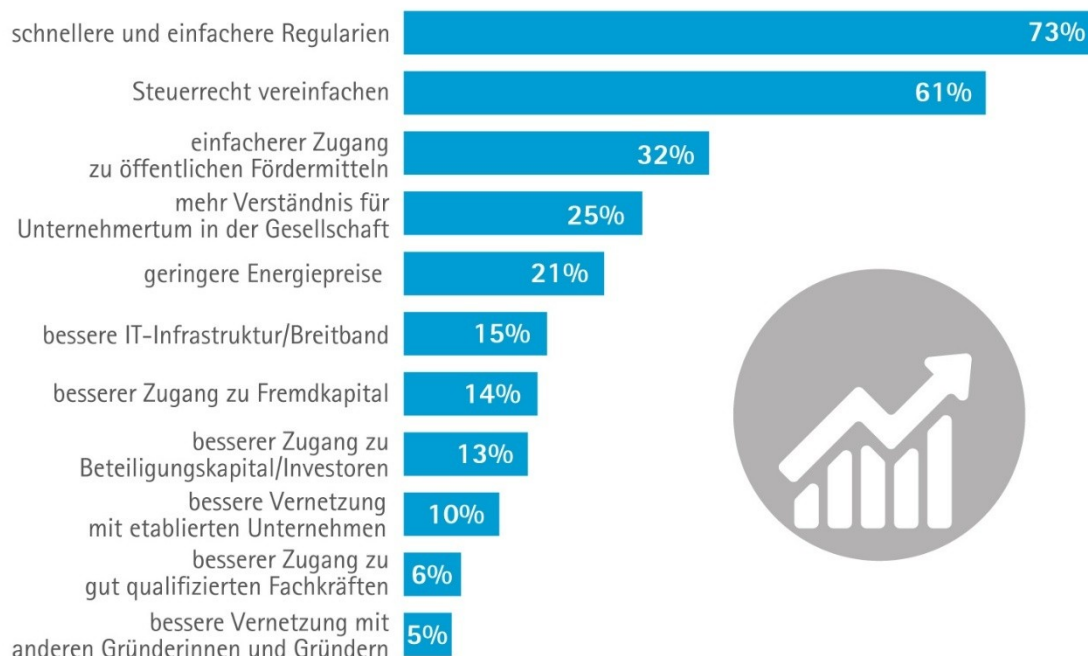
Zum anderen hat die DIHK das 2014 gegründete bundesweite Netzwerk der „Business Women IHK“ etabliert. Die Mitglieder dieses Netzwerks sind CEOs von kleinen, mittleren und großen Firmen. Gleichzeitig engagieren sich diese Unternehmerinnen ehrenamtlich in den IHKs und vertreten die Anliegen der deutschen Wirtschaft in ihrer Region.

Mit dem Aktionsplan „Werde Unternehmerin!“ wollen die IHKs zusammen mit den „Business Women IHK“ mehr Unternehmerinnen, Gründerinnen und Innovatorinnen in Deutschland gewinnen. Die bisherige Bilanz des Jahres 2026 ist beeindruckend: 38 IHKs nahmen an der bundesweiten Girls'Day-Aktion „Ich werde Chefin“ am 22. April teil. Rund 1.200 „Chefinnen-Plätze“ wurden dadurch für Schülerinnen bereitgestellt. 53 IHKs haben bereits ein Unternehmerinnennetzwerk in ihrer Region etabliert.

III. Bürokratie, Steuern, Finanzierung: Wo Gründer den größten Reformbedarf sehen

Was muss geschehen, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern?

791 Antworten von Gründerinnen und Gründern (19. Januar bis 6. März 2026)



Die Ergebnisse der Befragung der IHK-Organisation mit 791 Antworten von Gründen- den, Startups und jungen Unternehmen zeichnen ein deutliches Bild der wichtigsten Hemmnisse am Gründungsstandort Deutschland. Insgesamt bewerten Gründerinnen und Gründer den hiesigen Gründungsstandort derzeit lediglich mit „schwach befriedigend“ (3,5). Angesichts der fundamentalen wirtschaftlichen Herausforderungen ist das keine gute Nachricht. Zu dieser ernüchternden Bewertung kommen die Befragten vor allem wegen der anhaltend hohen bürokratischen Belastungen und der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit hohen Kosten und Unsicherheiten. Ziel der Wirtschaftspolitik sollte

es sein, dass Deutschland als attraktiver Gründungsstandort wahrgenommen wird, der guten Ideen gute Chancen zum Wachsen bietet.

Gründerinnen und Gründer fordern vor allem ein deutlich einfacheres, schnelleres und flexibleres Umfeld für unternehmerisches Handeln. Die konkreten Erfahrungen aus der Praxis von verzögerten Verwaltungsprozessen über komplexe Steuerregeln bis hin zu unübersichtlichen Förderstrukturen verdeutlichen den Handlungsbedarf.

Entscheidend für die Zukunft des Gründungsstandorts Deutschland ist aus Sicht der Befragten, die strukturellen Hürden konsequent abzubauen und die Rahmenbedingungen stärker an den Bedürfnissen junger Unternehmen auszurichten.

- **An erster Stelle steht die Bürokratie als dominierendes Gründungshemmnis.** Mit 73 Prozent fordert eine große Mehrheit der Befragten weniger und einfachere Regularien und damit zugleich schnellere Verwaltungen. Die Freitextantworten unterstreichen diese Priorität und machen zugleich deutlich, wo die konkreten Probleme liegen: Gründerinnen und Gründer berichten von langwierigen Verfahren, etwa bei der Vergabe von Steuernummern, die sich in manchen Fällen sogar über Monate hinziehen. Identische Daten müssen mehrfach bei unterschiedlichen Behörden eingereicht werden. Sprechen müssen Gründer/innen parallel mit verschiedenen Stellen – etwa Notariat, Gewerbeamt und Finanzverwaltung. Häufig erfahren sie erst nachträglich, welche Pflichten zusätzlich auf sie zukommen. Auch eine Vielzahl an Kontroll- und Genehmigungsstellen für ein und denselben Vorgang erhöht die Komplexität. Vor diesem Hintergrund fordern die Befragten konsequent digitale, gebündelte Verfahren, zentrale Anlaufstellen sowie einen echten „One-Stop-Shop“, der alle Schritte der Gründung koordiniert und Mehrfachaufwand vermeidet.
- **An zweiter Stelle folgt das Steuerrecht: 61 Prozent** der Befragten verlangen hier Vereinfachungen. Viele Gründer empfinden das Steuerrecht als kaum überschaubar und berichten, dass sie schon in der Startphase kaum ohne externe Beratung handlungsfähig sind. Besonders belastend wirkt die mangelnde

Planbarkeit – etwa dann, wenn Steuerforderungen gebündelt auftreten und Nachzahlungen sowie Vorauszahlungen gleichzeitig fällig werden.

Hinzu kommen spezifische regulatorische Anforderungen, die vor allem kleinere Unternehmen stark beanspruchen, beispielsweise im Bereich von Dokumentationspflichten oder branchenspezifischen Vorschriften (etwa im E-Commerce oder produzierenden Gewerbe). Viele Gründende sprechen sich für vereinfachte Modelle aus, etwa eine pauschale Besteuerung in der Anfangsphase. Die meisten Gründer/innen wünschen sich eine grundsätzliche Reduzierung der Komplexität im Steuerrecht.

- **Auf Rang drei folgt der Zugang zu öffentlichen Fördermitteln (32 Prozent).** Weniger die Existenz von Förderprogrammen, sondern vielmehr deren konkrete Ausgestaltung steht im Fokus. Gründer empfinden die Förderlandschaft häufig als unübersichtlich, fragmentiert und administrativ aufwendig. Insbesondere komplizierte Antragsverfahren, lange Bearbeitungszeiten und fehlende Transparenz über geeignete Programme erschweren die Nutzung. Viele schlagen deshalb vor, Förderangebote stärker zu bündeln, verständlicher aufzubereiten und den gesamten Prozess deutlich zu vereinfachen – etwa durch zentrale Informationsplattformen oder klare „Fahrpläne“ für Gründer.
- **Das gesellschaftliche Umfeld belegt mit 25 Prozent den vierten Rang.** Viele Gründer wünschen sich mehr Anerkennung und Verständnis für unternehmerisches Handeln. Teilweise wird der Eindruck geäußert, dass Selbstständigkeit gesellschaftlich weniger positiv wahrgenommen wird als abhängige

Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund fordern die Befragten, Unternehmertum stärker in Bildung, Öffentlichkeit und Politik zu verankern, etwa durch mehr wirtschaftliche Bildung in Schulen oder eine sichtbarere Förderung von Gründungskultur.

- **Mit 21 Prozent folgen die Energiepreise als fünftwichtigstes Hemmnis.** Besonders Unternehmen aus Industrie, Handel und energieintensiven Bereichen sehen hierin einen zentralen Wettbewerbsfaktor. Die Rückmeldungen verdeutlichen, dass hohe Energiekosten die Wirtschaftlichkeit vieler Geschäftsmodelle direkt beeinflussen und Investitionsentscheidungen erschweren.

Weitere strukturelle Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle, wenn auch mit geringerer Priorität:

- **15 Prozent** fordern bessere digitale Infrastrukturen wie Glasfaser- und Mobilfunknetze. In den Freitexten zeigt sich dies etwa in konkreten Berichten über verzögerte Anschlüsse oder unzureichende Mobilfunkabdeckung.
- **14 Prozent** sehen Defizite beim Zugang zu Fremdkapital.
- **13 Prozent** kritisieren den Zugang zu Beteiligungskapital und Investoren. Insbesondere für viele Start-ups, die mit innovativen Ideen rasch wachsen wollen, wäre ein besserer Zugang zu Beteiligungskapital wichtig. Potenziale hierfür sind mit dem Deutschlandfonds verbunden, den Bundesregierung und KfW Ende 2025 gestartet haben, um privates Kapital für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Mit rund 30 Mrd. Euro öffentlichen Mitteln sollen bis zu 130 Mrd. Euro an Investitionen ausgelöst werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Start-

ups, Scale-ups und innovativen Mittelständlern sowie auf Zukunftstechnologien wie KI, Biotechnologie und Deep Tech.

- **10 Prozent** wünschen sich eine stärkere Vernetzung mit etablierten Unternehmen.
- **6 Prozent** benennen den Fachkräftemangel als zentrales Problem. Auch hierunter sind insbesondere wachstumsorientierte Start-ups. Die im Reformpaket der Regierungskoalition angekündigten Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes könnten insbesondere auch Startups bei der Fachkräftegewinnung und -bindung helfen. Die Verlängerung der sachgrundlosen Befristung gibt mehr Spielraum, auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten neue Mitarbeiter einzustellen, insbesondere auch in risikoreichen, aber innovativen Bereichen. Zudem soll für Hochverdiener künftig eine Abfindung den Kündigungsschutz ersetzen. Auch das könnte wissensintensiven Start-ups Neueinstellungen erleichtern.
- **5 Prozent** sehen Verbesserungsbedarf bei der Vernetzung unter Gründerinnen und Gründern, etwa durch lokale Netzwerke, Austauschformate oder niedrigschwellige Plattformen.

Weiterhin berichten Gründende etwa von hohen administrativen Anforderungen durch spezifische Regelwerke im Produktions- oder Onlinehandel, von Unsicherheiten im Umgang mit regulatorischen Vorgaben oder von zusätzlichen Belastungen durch vielfältige Dokumentations- und Nachweispflichten. Gerade für Kleinstunternehmen entsteht dadurch ein unverhältnismäßig hoher Aufwand, der nicht selten als Markteintrittshürde empfunden wird.

IV. Empfehlungen an die Politik für einen dynamischen Gründungsstandort Deutschland

Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich: Gründerinnen und Gründer benennen die zentralen Defizite klar – und liefern zugleich konkrete Ansatzpunkte für Verbesserungen. Die Politik greift zentrale DIHK-Forderungen für mehr Gründungsdynamik bereits auf. So setzen sowohl der Koalitionsvertrag als auch die Modernisierungsagenden von Bund sowie von Bund und Ländern

wichtige Impulse, etwa bei Digitalisierung, Bürokratieabbau und Beschleunigung von Verfahren. Auch die Reformagenda der Regierungskoalition enthält richtige und teils weitreichende Schritte zum Bürokratieabbau und zur Flexibilisierung im Arbeitsrecht. Nun kommt es entscheidend darauf an, diese Vorhaben konsequent umzusetzen und praxistauglich auszugestalten.

1. Gründungen in 24 Stunden ermöglichen – Verfahren radikal vereinfachen

73 Prozent der Gründenden fordern schnellere und einfachere Regularien. Die DIHK unterstützt daher ausdrücklich das Ziel, Unternehmensgründungen in Deutschland deutlich zu beschleunigen und konsequent digital auszugestalten. Der politische Anspruch, Gründungen perspektivisch in 24 Stunden zu ermöglichen, entspricht den Erwartungen vieler Gründerinnen und Gründer und setzt ein wichtiges Signal für Standortattraktivität. Damit dieses Ziel erreicht wird, braucht es jedoch einen echten Paradigmenwechsel:

- Der Staat sollte die **rechtliche Pflichtenermittlung vollständig übernehmen**. Gründerinnen und Gründer sollen ihr Vorhaben beschreiben können, ohne selbst komplexe Regelwerke prüfen zu müssen.
- Der Gründungsprozess sollte als **durchgängig digitale Ende-zu-Ende-Leistung** organisiert werden – mit nahtlos ineinandergreifenden Verfahren statt einzelner Teilprozesse.
- Das **Once-Only-Prinzip** sollte konsequent umgesetzt werden: Daten werden nur einmal eingegeben und automatisch zwischen Behörden ausgetauscht.
- Ein staatliches Backend sollte mit mehreren nutzernahen und für die Gründenden gut sichtbaren **Zugängen im Frontend** kombiniert werden. Gerade für die Vorhabenklärung am Anfang ist es entscheidend, dass qualifizierte Institutionen den Gründenden zur Seite stehen und die Zugänge zum verwaltungstechnischen Gründungssystem gestalten, damit es im weiteren Prozess möglichst keine verzögernden Schleifen gibt.
- Gerade die IHKs spielen hier eine zentrale Rolle: Sie sind bereits heute flächendeckend erste Ansprechpartner für Gründende und verfügen über umfassende Erfahrung in der Vorhabenklärung. Ihre systematische und für die Gründenden sichtbare Einbindung würde die Qualität der Verfahren erhöhen und Rückfragen reduzieren.

- Entscheidend ist zudem, dass Gründungen nicht nur formal, sondern auch **wirtschaftlich startfähig** sind. Dazu gehört insbesondere die **schnelle Vergabe der Steuernummer** sowie der unmittelbare Zugang zu allen relevanten Folgeprozessen.

Die im Reformpaket der Regierungskoalition genannte Frist von vier Wochen zur Erteilung der Steuernummer ist deutlich zu lang und bleibt hinter den Umsetzungsinitiativen von Bund und Ländern, Gründungen innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen, weit zurück.

2. Steuerrecht vereinfachen und gezielt entlasten

61 Prozent mahnen hier Verbesserungen an. Mit der geplanten Steuerreform sollte die Politik sowohl Personenunternehmen über die Einkommensteuer als auch Startups, die zumeist als Kapitalgesellschaft gegründet werden, entlasten. Dazu gehört insbesondere, die **bereits beschlossene Unternehmenssteuerreform vorzuziehen** und zu bündeln auf 2027 und 2028. Hier sollte der Körperschaftsteuersatz in zwei Schritten gesenkt werden von 15 Prozent auf zehn Prozent, und nicht wie derzeit vorgesehen, erst ab 2028 in fünf Ein-Prozent-Schritten. Die im Reformpaket der Regierungskoalition angekündigten Schritte bei der Einkommenssteuer würden zwar kleine und mittlere Einkommen entlasten, hingegen treffen sie Unternehmen dann, wenn sie wachsen – über die vorgesehenen Erhöhungen bei der „Reichensteuer“. Insgesamt treffen die vorgesehenen Steuererhöhungen vor allem den Mittelstand. Zudem ist ein Kurswechsel bei den Sozialabgaben erforderlich: Versicherungsfremde Leistungen sollten vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, um die Lohnnebenkosten zu stabilisieren und Beschäftigung nicht weiter zu belasten.

Außerdem sollte die Politik an diesen Stellschrauben konsequent ansetzen:

- **Schwellenwerte erhöhen:** Die Kleinunternehmergrenze, unterhalb derer Unternehmen keine Umsatzsteuer ausweisen müssen, sollte deutlich über die aktuellen 25.000 Euro hinaus angehoben werden – perspektivisch bis in den europarechtlich möglichen Rahmen von bis zu 85.000 Euro.
- **Steuerverfahren vereinfachen:** Insbesondere die Einnahmen-Überschuss-Rechnung für kleine Unternehmen sollte weiter vereinfacht werden.
- **Planbarkeit verbessern:** Steuerliche Belastungen müssen für Gründer vorhersehbar sein, etwa durch einfachere und transparentere Vorauszahlungsregeln.
- **Verlustverrechnung stärken:** Eine bessere steuerliche Verlustverrechnung kann Start-ups mit hohen Anlaufkosten gezielt entlasten und Liquiditätsengpässe mindern.

Ziel muss ein Steuerrecht sein, das **gründungsfreundlich, verständlich und planbar** ist – gerade in den ersten Jahren.

3. Förderlandschaft digitalisieren und zugänglicher machen

32 Prozent der Gründenden, Startups und jungen Unternehmen fordert einen einfacheren Zugang zu Förderprogrammen.

Die Politik sollte daher:

- Förderprogramme systematisch vereinfachen und flexibilisieren,
- **digitale Plattformen** für Antrag, Bewertung und Bewilligung schaffen,
- Förderangebote **transparent bündeln** und zielgruppengerecht aufbereiten,
- starre Kriterien überprüfen und stärker an die Bedürfnisse von Start-ups anpassen

Digitale Verfahren reduzieren Bürokratie, erhöhen Transparenz und ermöglichen schnellere Entscheidungen. So können sich Gründer stärker auf ihre unternehmerische Tätigkeit konzentrieren.

4. Statusfeststellungsverfahren reformieren – Rechtssicherheit erhöhen

Um Selbstständigkeit zu fördern, bedarf es besserer rechtlicher Rahmenbedingungen, insbesondere für die vielen Soloselbstständigen in Deutschland. Es gibt keine gesetzliche Definition von Selbstständigkeit, entsprechend ist die Abgrenzung von selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung häufig schwierig. Auch für das Statusfeststellungsverfahren von der Deutschen Rentenversicherung Bund existiert kein einheitlicher Bewertungskatalog, der Rechtssicherheit für die Soloselbstständigen und die auftraggebenden Unternehmen schafft.

Dadurch steigt das Risiko einer „Scheinselbstständigkeit“. Eine solche liegt vor, wenn dem Anschein nach eine selbstständige Tätigkeit, nach Feststellung der Deutschen Rentenversicherung Bund aber ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis vorliegt. Von Scheinselbstständigkeit können grundsätzlich alle Branchen und alle Unternehmensgrößen in der gewerblichen

Wirtschaft, die mit (Solo-)Selbstständigen zusammenarbeiten, potenziell betroffen sein – beispielsweise die Kreativ- und Veranstaltungsbranche sowie die Bildungslandschaft, insbesondere die Erwachsenenweiterbildung. Im Falle des Vorliegens von „Scheinselbstständigkeit“ drohen den Unternehmen als Auftraggeber und den Soloselbstständigen als Auftragnehmer erhebliche finanzielle Konsequenzen. So stehen neben erheblichen Nachforderungen der Sozialversicherungsbeiträge bei nichtvorsätzlichem Handeln für bis zu vier Jahre Säumniszuschläge sowie Nachzahlungen der Lohnsteuer im Raum. Nicht außer Acht zu lassen sind zudem die strafrechtlichen Konsequenzen. Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass das Thema Scheinselbstständigkeit für große Verunsicherung sorgt. Notwendig ist es daher, die mit einer erheblichen Rechtsunsicherheit verbundenen gesetzlichen Regelungen zu reformieren.

5. Selbstständigkeit von Frauen stärken und Vereinbarkeit verbessern

Auch die zunehmende Bedeutung weiblicher Selbstständigkeit erfordert gezielte Anpassungen der Rahmenbedingungen.

Die Politik sollte:

- Absicherungslösungen für selbstständige Frauen, die Mutter werden, stärken und bekannter machen,
- Kinderbetreuungsangebote weiter ausbauen und auch für Rand- und Ferienzeiten sicherstellen.
- das Elterngeld flexibilisieren, insbesondere bei schwankenden Einkommen,
- höhere Hinzuverdienstmöglichkeiten ermöglichen,
- bürokratische Hürden reduzieren,
- Lösungen für die Absicherung betrieblicher Ausfallzeiten fördern.

Gerade flexible Modelle sind entscheidend, um Selbstständigkeit und Familie besser zu vereinbaren und mehr Frauen für unternehmerische Tätigkeit zu gewinnen.

6. Wertschätzung für Unternehmertum stärken

Die Politik sollte die gesellschaftliche Anerkennung von Unternehmertum gezielt fördern. Dazu gehört, Selbstständigkeit als gleichwertige und attraktive Erwerbsform sichtbar zu machen. Wirtschaftliche Zusammenhänge sollten frühzeitig – etwa in

Schulen – vermittelt werden, um Verständnis für unternehmerisches Handeln zu schaffen. Ein solches gesellschaftliches Klima stärkt die Gründungsbereitschaft und trägt langfristig zu mehr Dynamik im Wirtschaftsstandort Deutschland bei.

7. Zentrale Standortfaktoren stärken

Deutlich fällt auch der Blick auf die Energiefrage aus: **21 Prozent** der Gründerinnen und Gründer sehen in den **hohen Energiekosten ein zentrales Hemmnis**. Energiepreise wirken nicht nur kurzfristig auf die Liquidität, sondern auch langfristig auf Wachstumsperspektiven, Standortentscheidungen und die Bereitschaft, Geschäftsmodelle auszubauen oder zu skalieren.

15 Prozent der Befragten fordern eine bessere Anbindung an Glasfaser- und Mobilfunknetze sowie eine leistungsfähigere digitale Verwaltung.

Schließlich nennen **6 Prozent** der Befragten den Zugang zu gut qualifizierten Fachkräften als zentrales Thema.

8. Bundeswehr als Innovationspartner für Start-ups stärken

Die Bundeswehr sollte vom Beschaffer zum Innovationspartner werden und ihre Planungs- sowie Beschaffungsprozesse weiter beschleunigen. Ankerverträge würden zudem Planungssicherheit und damit Anreize zum Aufbau von Produktionslinien schaffen. Start-ups scheitern selten an Ideen für einen Prototypen, häufiger aber an

Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Prototypen in Zusammenarbeit mit dem Endnutzer Bundeswehr, der Finanzierung dieser Updates sowie der Vorfinanzierung von Produktionslinien zur Skalierung. Daher sollten öffentliche Förderprogramme den Prozess zur Marktreife begleiten.

Unternehmenswerkstatt Deutschland

Mit der Unternehmenswerkstatt Deutschland bieten 69 IHKs (Stand Juni 2026) bundesweit eine zentrale digitale Plattform, die Gründende, Start-ups und Unternehmen in jeder Phase begleitet: von der ersten Geschäftsidee über Wachstum und Sicherung bis hin zur Unternehmensnachfolge.

Besonders Gründende profitieren von praxisnahen digitalen Werkzeugen: Sie können ihre Geschäftsidee mit einer professionellen Businessplanvorlage strukturieren, ihre Zahlen in einer bankenfähigen Finanzplanvorlage aufbereiten und mit dem Gründerpersönlichkeitstest ihre unternehmerischen Stärken und Entwicklungspotenziale besser einschätzen.

Ergänzt wird das Angebot durch sichere virtuelle Projekträume und die persönliche Unterstützung von Expertinnen und Experten der regionalen IHK. So verbindet die UWD moderne digitale Services mit individueller Beratung vor Ort. Mehr erfahren: www.uwd.de